

Reformieren, neustarten, zusammenhalten?

Überlegungen zum Brexit

Wilhelm Ersil*

» Der britische EU-Austritt erschüttert die Europäische Union und hat für sie einschneidende Konsequenzen. Durchweg werden die anhaltende wirtschaftliche und politische Krise, der fehlende Zusammenhalt in der EU konstatiert und Vertrauensverlust beklagt. Risse zwischen gesellschaftlichen Lagern und Nationen vertiefen sich. Die EU ist politisch gespalten wie noch nie zuvor.

Der Brexit verändert in einigen Mitgliedstaaten den generellen Blick auf die Union. Rechtspopulistische Integrationsgegner erhalten Auftrieb. Auch repräsentative Kräfte sehen die Europäische Union als Ganzes in Gefahr und warnen vor einem möglichen Flächenbrand. Das Brexit-Referendum ist ein zentrales Ereignis in der Kette langjähriger EU-Krisen (soziale Krise, Eurokrise, Flüchtlingskrise). Das britische Votum erschüttert die EU in ihren Grundfesten. Das künftige Verhältnis zwischen der EU und Großbritannien wird zu einem zentralen Konfliktfeld. Die Neuordnung der Kräfteverhältnisse und verän-

derte Hierarchien in der EU, insbesondere durch die weitere Erhöhung des Gewichts Deutschlands, werden hierbei eine zentrale Rolle spielen; denn der Staatenverbund dürfte politisch und ökonomisch von der deutschen Durchsetzungsmacht noch weitgehender dominiert werden. Das wird sich nicht nur auf die „deutsch-französische Partnerschaft“ auswirken, sondern auch auf die Position von Mitgliedsländern, die wie die Niederlande und Polen mit London besonders verbunden sind. Die Zukunft Großbritanniens außerhalb der EU, und die damit verbundenen Konsequenzen, werden manche Überraschung



Quelle Europe pour demain?

Faut-il, après la décision britannique de quitter l'Union européenne, réformer cette Union ou bien la revoir de fond en comble et repartir à zéro ? Quelle que soit la réponse à apporter à cette interrogation, il ne fait aucun doute que le Brexit aura bientôt des conséquences politiques et économiques. Le référendum du mois de juin 2016 en Grande-Bretagne et certaines solutions envisagées (comme celle d'un noyau dur), mais aussi le déséquilibre entre les Etats de la zone euro et ceux qui n'en font pas partie risquent de four-

nir des arguments aux populistes adversaires de l'intégration européenne. Le Brexit est un événement central dans toute une série de crises (crise sociale, crise de l'euro, crise migratoire) qui affaiblissent l'Europe dans ses fondements.

Pour l'historien et politologue Wilhelm Ersil de grands efforts vont être nécessaires pour surmonter cette nouvelle crise, afin de sauvegarder l'unité de l'Union européenne en conformité démocratique et sociale avec les exigences de souplesse qui s'imposent désormais aux Etats-membres.

Réd.

* Prof. em. Dr. Wilhelm Ersil ist Historiker und Politologe. Dieser Beitrag ist mit freundlicher Genehmigung des Autors aus dem außenpolitischen Journal *WeltTrends* vom August 2016 entnommen.

zutage fördern. Bis zum Abschluss der Austrittsverhandlungen aber bleibt die Insel volles EU-Mitglied mit allen Rechten und Pflichten.

Welche Perspektiven?

Die britische Entscheidung stimuliert die Auseinandersetzung über die Perspektiven der Union. Auch für die politischen Eliten kann es angesichts der großen wirtschaftlichen und sozialen Divergenzen sowie der tief greifenden Krise kein „weiter so“ geben. Auch konservative Kräfte sprechen nunmehr von Chancen für einen „*Neustart für ein besseres Europa*“. Aus unterschiedlichen Richtungen kommen Appelle und Vorschläge für einen Neustart Europas, auch über eine EU mit mehr sozialem Gewicht. Wünsche nach einer „Neugründung Europas“, seit Langem nicht nur von einem linken Spektrum gefordert, finden heute weithin Unterstützung. Doch wie soll die EU nach dem „Brexit-Schreck“ reformiert werden? Mit Blick auf die künftige Rolle und Gestalt der EU gibt es kaum übersehbare Erwägungen und Pläne. Die einen halten die Vertiefung der Integration durch weitreichende neue Integrationsschritte in eine föderative Richtung für den richtigen Weg zur Konsolidierung der EU. Darunter fallen Forderungen nach einem Umbau der EU-Kommission zu einer „wahren europäischen Regierung“, die „*der parlamentarischen Kontrolle des Europaparlaments und einer zweiten Kammer, bestehend aus Vertretern der Mitgliedstaaten, unterworfen sein*“ sollte (SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel, EU-Parlamentspräsident Martin Schulz). Für andere bietet die Situation eine Gelegenheit, eine Revision der EU-Verträge einzufordern, um die Funktionsweise der EU und der Eurozone grundlegend zu verändern. Einflussreiche Kräfte in Politik und Wirtschaft sehen die Zeit für große Entwürfe mit kräftigen Integrationsschritten einschließlich institutioneller Reformen noch nicht für gekommen, auch nicht für eine technokratische Debatte. Im Mittelpunkt müsse es darum gehen, den Zusammenhalt der Union zu wahren, wie in einem Papier des deutschen und französischen Außenministers beschrieben wird, das für mehr Flexibilität plädiert. Es wird aber auch vor einer neuen Institutionenendebatte gewarnt. Für Finanzminister

Wolfgang Schäuble ist „*jetzt weniger die Zeit für die ganz großen Würfe*“, es komme darauf an, Europa zusammenzuhalten. Nicht nur linken und anderen alternativen Kräften genügen weder technokratische Veränderungen noch einige Ansätze für eine Korrektur des neoliberalen Erpressungskurses gegen schwächere EU-Länder. Sie engagieren sich für Veränderungen in Richtung einer sozialen und demokratischen Union, die häufig von London blockiert worden sind.

Renaissance von Kerneuropa?

In dieser Situation erleben Erwägungen für ein Kerneuropa eine Renaissance. Initiativgruppen werden angeregt, um Blockierungen zu verhindern. Das Projekt eines Vertrages zwischen den 19 Ländern der Eurozone mit eigenen Organen, eigenem Etat und spezieller parlamentarischer Legitimierung wird erneut propagiert. Eine Mini-Schengen-Zone wurde angeregt. Andere verlangen, endlich Schritte zu einem Kerneuropa zu tun und mehrere Integrationsgeschwindigkeiten zu praktizieren. Der französische Staatspräsident François Hollande befürwortet eine neue Initiative für ein „*Europa der zwei Geschwindigkeiten*“, um „*Ländern, die für mehr und schnellere Integration stehen, diese auch zu ermöglichen*“. Vorschläge für ein Kerneuropa beleben das Geschäft der Europagegner und fördern Tendenzen der Renationalisierung. Bundeskanzlerin Angela Merkel warnt vor neuen „*Untergruppen*“ in der EU, gleichzeitig kommt es aber zu Dreiertreffen über Konsequenzen aus dem Ausstieg Großbritanniens für die EU. Ambitionen für ein Kerneuropa, welcher Art auch immer, führen unter den gegebenen Bedingungen zu neuen Zerreißproben. Die Kluft zwischen Staaten der europäischen Währungsunion (EWU) und Nicht-Euro-Ländern wie Polen, Schweden, Dänemark und Großbritannien ist bereits heute gravierend. Nun bildet sich mit der *Visegrád*-Gruppe (Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn) eine Art Gegenakteur heraus.

Differenzierte Entwicklungen in der EU werden große Anstrengungen erfordern, um sowohl die Einheit der Union zu wahren als auch Erfordernissen von Flexibilität demokratisch und sozial gerecht zu werden.